

### **3. Nachtragskredite für das Jahr 2024, I. Sammelvorlage**

Antrag des Regierungsrates vom 22. Mai 2024 und gleichlautender Antrag der Finanzkommission vom 27. Juni 2024

Vorlage 5961

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Eintreten auf diese Vorlage ist obligatorisch. Das Wort hat der Referent der Finanzkommission, Karl Heinz Meyer.

*Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), Präsident der Finanzkommission (FIKO):* Die Finanzkommission beantragt dem Kantonsrat mit der ersten Sammelvorlage einstimmig die Bewilligung von sechs Nachtragskrediten für das laufende Jahr. Im Zentrum der Kommissionsberatungen standen dabei zwei Nachtragskredite betreffend das Kinderspital Zürich (*Kispi*). So hat der Regierungsrat mit RRB (*Regierungsratsbeschluss*) 326/2024 dem Kinderspital für den Betriebserhalt des laufenden Jahres eine Subvention von höchstens 35 Millionen Franken zugesichert. Ausbezahlt werden soll nur der nachgewiesene Bedarf. Mit demselben RRB hat der Regierungsrat dem Kinderspital für den Neubau auf der Lengg, zusätzlich zu den Darlehen gemäss RRB-Nummern 1078/2023 und 1185/2015, ein weiteres Darlehen von 100 Millionen Franken gewährt. Das Darlehen wird marktgerecht verzinst und amortisiert. Davon werden 50 Millionen Franken im Jahr 2024 bezogen, weshalb ein Nachtragskredit erforderlich ist. Der Vorlage 5961 ist zu entnehmen, dass in Bezug auf die restlichen 50 Millionen Franken noch offen ist, ob ein Darlehen gewährt wird oder eine private Finanzierung mit Kantonsgarantie erfolgt. Die Finanzkommission fordert die Verantwortlichen des Kinderspitals auf zu überprüfen, ob diese zusätzlichen Mittel tatsächlich notwendig sind.

Erwähnenswert sind an dieser Stelle auch die mit der Finanzierung verbundenen Auflagen: Die Governance der Eleonorenstiftung (*Trägerin des Kinderspitals*) und die Struktur des Kinderspitals werden im Auftrag der Gesundheitsdirektion (*GD*) unabhängig untersucht. Die Eleonorenstiftung setzt allfällige Empfehlungen zeitnah und selbstständig um. Die Stiftung legt der Gesundheitsdirektion bis im September 2024 Massnahmen zum Umgang mit den identifizierten Risiken im Businessplan sowie zur Ergebnisverbesserung vor, mit dem Ziel, dass ab 2026 keine weiteren Kantonsbeiträge mehr erforderlich sind. Die Stiftung prüft in diesem Zusammenhang insbesondere auch Kooperationsmöglichkeiten und Synergiepotenziale des Kinderspitals mit dem Universitätsspital Zürich im medizinischen Versorgungs- sowie im Support-Bereich und legt der Gesundheitsdirektion das Ergebnis dieser Prüfung bis im September 2024 vor. Die Stiftung stellt ein rollierendes Finanz-Reporting bereit, einschliesslich des Nachweises zur Refinanzierung der ausstehenden Anleihe 2028 sowie der Rückzahlung des Kantonsdarlehens aus eigener Kraft.

Zudem ist die BVG- (*Bundesgesetz über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge*) und Stiftungsaufsicht des Kantons Zürich einzuladen, dem Regierungsrat einen Bericht über die Beurteilung der ordnungsgemässen

Stiftungsführung der Eleonorenstiftung zu erstatten. Im Weiteren gewährt die Eleonorenstiftung während der Laufzeit der Kantonsfinanzierung der Finanzkontrolle sowie der Gesundheitsdirektion jederzeit volles Einsichtsrecht in die Unterlagen, die für die Beurteilung der rechtmässigen Verwendung der gesprochenen Mittel erforderlich sind. Die Gesundheitsdirektion regelt die Modalitäten in einem Vertrag mit der Eleonorenstiftung. Sie kann die Finanzierung an zusätzliche Vorgaben knüpfen.

Um eine fundierte Entscheidung treffen zu können, befasste sich die Finanzkommission im Zeitraum von Mitte April bis Mitte Juni an mehreren Sitzungen zusammen mit einer KSSG-Delegation (*Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit*) umfassend und detailliert mit den beiden Nachtragskrediten zum Kinderspital. Neben der Gesundheitsdirektorin (*Regierungspräsidentin Natalie Rickli*) hat sie sich mit dem Präsidenten der Eleonorenstiftung (*Martin Vollenwyder*), dem CEO (*Georg Schächli*), dem CFO (*Michael Bähler*) des Kinderspitals sowie der Revisionsstelle PwC (*PricewaterhouseCoopers AG*) ausgetauscht. Die Kommission erhielt auch Einsicht in den KPMG-Bericht (*Wirtschaftsprüfungsunternehmen*) zur Evaluierung des Businessplans und der Finanzierungsoptionen des Kinderspitals. Der Bericht schliesst mit folgenden Feststellungen ab, ich zitiere: «Vor dem Hintergrund der zeitlichen Dringlichkeit und fehlenden Finanzierungsalternativen erachtet KPMG die vom Kinderspital vorgeschlagene Finanzierungsvariante als plausibel, zielführend und beurteilt den vorliegenden Businessplan, inklusive der Finanzierungsplanung, sowie das vorgelegte Finanzierungskonzept, gesamthaft gesehen, als ambitioniert, aber als machbar.»

Die Verantwortlichen des Kinderspitals, insbesondere der CEO und der CFO, haben der Finanzkommission überzeugend dargestellt, dass sie entschlossen sind, alle erforderlichen Massnahmen zu ergreifen, um den Businessplan und das Finanzierungskonzept erfolgreich umzusetzen. Die Finanzkommission wird sich regelmässig und in enger Koordination mit den zuständigen Aufsichtskommissionen über die Einhaltung der mit der finanziellen Unterstützung verbundenen, oben umschriebenen Auflagen informieren lassen. Dieses Vorgehen stellt sicher, dass die Auflagen konsequent umgesetzt und die vom Kanton gewährten Gelder verantwortungsvoll verwendet werden. Besten Dank.

*Tobias Langenegger (SP, Zürich):* Der Kommissionspräsident hat es gesagt, auch die SP wird diesem Nachtragskrieg zustimmen. Dabei waren für uns vier der sechs Nachtragskredite relativ unbestritten. Sowohl die Nachtragskredite betreffend die Umsetzung der Pflegeinitiative und die Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden als auch der Vollzug der Ausgliederung der KAZ (*Kantonsapotheke*) vom Kanton zum kantonalen Universitätsspital (*USZ*) haben wir ja bereits vor längerer Zeit diskutiert und auch beschlossen. Bei der KAZ ist einzig darauf hinzuweisen, dass der Kanton nun die bis Ende 2026 in Aussicht gestellten A-fonds-perdu-Beiträge bereits 2024 vollumfänglich bezahlen muss. Das verheisst nichts Gutes für den Zustand der KAZ respektive es wird mit dieser Zahlung klar, dass das Universitätsspital mit der Übernahme der KAZ wohl einen rechten Brocken aufgebürdet bekommt.

Damit sind wir bei den Nachtragskrediten des Kinderspitals, diese Nachtragskredite gaben in der Finanzkommission definitiv am meisten zu reden. Für die SP-Fraktion sind dabei drei Aspekte besonders wichtig. Erstens: Wie konnte es so weit kommen? Zweitens: Was heisst «Systemrelevanz»? Drittens: Wieso kann der Kanton nicht mehr mitbestimmen?

Zum ersten Punkt, wie es so weit kommen konnte: Wie es so weit kommen konnte, ist im Nachhinein immer schwierig zu sagen. Klar ist: Die Eleonorenstiftung ist als Stiftung autonom. Der Kanton hat auch seit vielen Jahren keine Vertretung mehr im Stiftungsrat. Laut Stiftungsurkunde hat der Kanton das Anrecht auf vier Mitglieder im Stiftungsrat, eines sogar in der wichtigen Stiftungsexekutive. Dieses Recht nahm der Kanton nicht wahr. So wusste er nicht genug gut und nicht genug früh Bescheid, was beim Kinderspital genau läuft. In diesem Zusammenhang ist es dann doch auch sehr «gschpässig», wenn man nun der Stiftungsaufsicht einen Vorwurf macht. (*Der Votant ist heiser und räuspert sich.*) Entschuldigung, ich war an einem Fussballspiel. Einfach um das Mengengerüst zu sehen: Die BVG- und Stiftungsaufsicht beaufsichtigte Ende letzten Jahres 612 Vorsorgeeinrichtungen und 752 klassische Stiftungen, und das mit gut 27,4 Stellen. Da kann man kein Live-Controlling machen, sondern primär Revisionsberichte lesen. Sollte man diesen nicht mehr vertrauen können, müsste man dann eine staatliche Revisionsstelle aufbauen, und da reden wir dann von eklatant mehr Stellen; das wäre dann wohl auch nicht im Sinne der bürgerlichen Parteien. Anstatt also plump die Schuld der BVG- und Stiftungsaufsicht in die Schuhe zu schieben, muss man wohl innerhalb der GD analysieren, was dort bezüglich Controllings gemacht oder eben nicht gemacht wurde.

Denn – und damit sind wir beim zweiten Punkt – das Kinderspital ist systemrelevant. Wie wir den verschiedenen Antworten der Regierung (*KR-Nrn. 120/2024, 121/2024 und 125/2024*) vom Donnerstag entnehmen konnten – das war übrigens ein super Timing, besten Dank dafür –, ist die Systemrelevanz aber nicht wirklich definiert. Dieser Zustand führt zu einer immanenten Problematik: Zwar sind die Spitäler ein zentraler Pfeiler der Gesundheitsversorgung im Kanton. Welche aber dann wirklich so wichtig sind, dass sie in der Not nicht über die Klinge springen müssen, ist völlig offen. Wir haben also eine implizite Staatsgarantie für die Spitäler oder ganz einfach eine To-big-to-fail-Problematik, das schafft ganz falsche Anreize. Die Spitäler investieren innerhalb eines Pseudo-Wettbewerbs, die Banken finanzieren munter mit, und alle denken sich: Wenn es schiefgeht, zahlt dann schon der Kanton. So geschehen jetzt beim Kispi, beim Spital Wetzikon hingegen nicht, und das ist für die betroffenen Unternehmungen schwer zu verstehen.

Damit sind wir bei Punkt 3: Wieso kann der Kanton nicht mehr mitreden? Ich weiss nicht, wie Sie das handhaben, aber in der Regel läuft es doch so, dass, wenn jemand etwas gibt, er dafür auch etwas fordern kann. Oder ganz einfach: Wer zahlt, befiehlt. Hier beim Kinderspital haben wir aber eine ganz andere Situation: Obwohl das Kinderspital systemrelevant ist, kann der Kanton kaum mitreden, nur bezahlen. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Deshalb gilt es nun rasch, die Motion 160/2024, «Kanton Zürich als Trägerin des Kinderspitals», voranzutreiben, um nicht mehr in diese unmögliche Situation zu kommen, dass man einer privaten

Körperschaft einfach in kürzester Zeit 35 Millionen sofort à fonds perdu und 50 Millionen Franken als Kredit geben muss. Kurzfristig muss der Kanton also sofort wieder im Stiftungsrat vertreten sein, denn es ist unhaltbar, dass der Kanton die Spitäler als systemrelevant einschätzt, jedoch nichts bei diesen mitzubestimmen hat, ausser dass er ihnen dann einfach Geld nachwerfen muss, wenn diese Institutionen in Schieflage kommen. Systemrelevante Spitäler gehören in die öffentliche Hand, damit für die Politik keine solchen erpresserischen Situationen mehr entstehen.

Die SP wird dem Nachtragskredit zustimmen, mit der klaren Erwartung, dass der Regierungsrat sein Verhältnis zum Kinderspital im Sinne der Motion 160/2024 rasch überarbeitet. Besten Dank.

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Jetzt möchte ich an dieser Stelle alle Mitglieder des Regierungsrates recht herzlich bei uns begrüßen. Weiter möchte ich auf der Tribüne den CEO des Kispi, Georg Schächli, und den CFO, Michael Bähler, recht herzlich auch bei uns begrüßen.

*Marc Bochler (SVP, Wettswil a. A.):* Die finanzielle Unterstützung des Universitäts-Kinderspitals Zürich steht, so nehme ich an nach dem Votum von Tobias Langenegger, im Mittelpunkt unserer Beratung. Im Namen der SVP/EDU-Fraktion möchte ich unsere Haltung zu den beantragten Nachtragskrediten darstellen:

Zunächst einmal erkennen wir die Bedeutung des Kinderspitals für die medizinische Versorgung unserer jungen Generation an. Das Wohl unserer Kinder liegt uns allen am Herzen, und es ist unumstritten, dass das Kinderspital eine zentrale Rolle in der Gesundheitsversorgung unseres Kantons spielt. Die beantragten Mittel umfassen einen A-fonds-perdu-Beitrag von bis zu 35 Millionen Franken für den Betriebserhalt sowie ein Darlehen von insgesamt 100 Millionen Franken. Davon werden 50 Millionen Franken für den dringend benötigten Neubau im Jahr 2024 bezogen, und aufgrund dessen müssen wir heute unter anderem über diesen Kreditnachtrag abstimmen.

Die Gewährung des Darlehens ist jedoch nicht bedingungslos. Die Gesundheitsdirektion hat klare Auflagen formuliert, die sicherstellen sollen, dass die Mittel verantwortungsvoll und effizient verwendet werden. Die SVP/EDU-Fraktion begrüsst diese Auflagen ausdrücklich, insbesondere die unabhängige Untersuchung der Governance und der Struktur des Kinderspitals. Die Vorlage von Massnahmen zur Ergebnisverbesserung und Risikominimierung sowie die Prüfung von Synergiepotenzial mit dem Universitätsspital Zürich sind wesentliche Schritte, um die Zukunftsfähigkeit des Kinderspitals zu sichern. Es ist zwingend, dass die Eleonorenstiftung diese Empfehlungen zeitnah und eigenständig umsetzt. Des Weiteren unterstützen wir die Forderung nach einem rollierenden Finanz-Reporting unter ständiger Einsichtnahme durch die Finanzkontrolle und die Gesundheitsdirektion. All diese Massnahmen sind unerlässlich, um die Transparenz und die Rechenschaftspflicht sicherzustellen.

Ein Punkt, den wir besonders hervorheben möchten, ist die sorgfältige Prüfung der zusätzlichen 50 Millionen Franken, die möglicherweise als Darlehen oder private Finanzierung mit Kantonsgarantie bereitgestellt werden sollen. Es ist entscheidend, dass diese Mittel nur bei tatsächlichem Bedarf und unter strengen Bedingungen gewährt werden.

Wir sehen in der vorgeschlagenen Finanzierungsvariante, wie sie im KPMG-Bericht dargelegt wird, eine plausible und zielführende Lösung. Die Verantwortlichen des Kinderspitals, insbesondere der CEO und der CFO, haben überzeugend dargestellt, dass sie entschlossen sind, die notwendigen Massnahmen zur erfolgreichen Umsetzung des Businessplans zu ergreifen. Dies begrüssen wir sehr. Ohne das Kommissionsgeheimnis zu verletzen, möchte ich dem Stiftungsratspräsidenten der Eleonorenstiftung eine deutliche Botschaft überbringen: In den Sitzungen hätten wir mehr Demut von ihm erwartet, besonders angesichts der Tatsache, dass die Stiftung ohne den A-fonds-perdu-Beitrag von 35 Millionen Franken vor einer drohenden Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung gestanden hätte.

Die SVP/EDU-Fraktion wird der finanziellen Unterstützung des Kinderspitals unter den genannten Auflagen zustimmen. Weiter genehmigen wir auch die übrigen Kreditnachträge. Besten Dank.

*Beat Habegger (FDP, Zürich):* Die FDP-Fraktion stimmt allen Nachtragskrediten zu. Ich komme ohne lange Umschweife auch zum zentralen Punkt, der Finanzierung des Kinderspitals: Die FDP trägt die Finanzierungslösung mit, um den Bestand und die Weiterführung des Kinderspitals nicht zu gefährden. Angesichts der Finanzlage des Kispis und der nachvollziehbaren Einschätzung als unverzichtbar gemäss Spitalfinanzierungsgesetz durch die Gesundheitsdirektion braucht das Kinderspital die Liquiditätsspritze, um den operativen Betrieb zu sichern. Wir tun dies aus Verantwortung gegenüber der Gesundheitsversorgung im Kanton Zürich und insbesondere natürlich aus Verantwortung gegenüber unseren Kindern.

Die Lage ist ernst, das Kispis ist mit diesem Subventionspflaster nicht aus dem Schneider. Es löst die akuten Finanzprobleme, nicht aber die grundsätzlichen Herausforderungen. Das Kispis hat sich ambitionierte Ziele gesetzt, die mit grossen Risiken behaftet sind. Dabei geht es um die angestrebten Fallzahlen, die Spendeinnahmen für den operativen Betrieb und auch um Rahmenbedingungen, auf die das Kispis letztlich keinen direkten Einfluss hat, Stichwort hier: die Tarife. Wir hatten in der Finanzkommission den Eindruck, dass der Spitaldirektor und der Finanzchef den Ernst der Lage erkannt haben. Wir ermutigen sie, den ambitionierten Businessplan nun konsequent umzusetzen.

Neben den Subventionen gewähren wir auch das Darlehen von 50 Millionen Franken. Ob und in welcher Höhe noch zusätzliches Geld im nächsten Jahr notwendig ist, wurde vom Regierungsrat im Beschluss zu den Nachtragskrediten – und in Abweichung zum RRB übrigens – offengelassen. Wir hoffen sehr – und ich formuliere es explizit als Ansporn an den Stiftungsrat –, dass keine weiteren Darlehen für den Bau des neuen Spitals angefordert werden müssen.

Insgesamt gewinnt die dem Kantonsrat präsentierte Lösung keinen Schönheitspreis. Wir sind unzufrieden, dass der Kanton Geld einschiessen muss. Wir sind auch unzufrieden, dass der Kantonsrat praktisch vor vollendete Tatsachen gestellt wurde. Wer zu lange gewartet hat, ob der Stiftungsrat oder die Gesundheitsdirektion, lässt sich nicht beantworten. Fakt ist: Es wurde offensichtlich zu lange zugewartet und auf das Prinzip Hoffnung gesetzt. Wir tragen die vorliegende Lösung aus Pragmatismus und Verantwortungsbewusstsein mit und sehen Stiftungsrat und Gesundheitsdirektion gleichermassen in der Verantwortung, dieses Projekt nun zeitnah und kostenbewusst abzuschliessen.

Der RRB sieht vor, dass die GD 2025 eine zweite Subventionstranche sprechen kann. Dies ist an Auflagen geknüpft, wir haben es bereits mehrfach gehört. Wir begrüssen diese Auflagen natürlich ebenfalls und erwarten von der GD und dem Stiftungsrat, dass die Aufsichtskommissionen des Kantonsrates über deren Umsetzung proaktiv und laufend informiert werden. Wenn der Staat subventioniert, ist staatliche Aufsicht unumgänglich. Selbstverständlich steht deshalb die Governance der Stiftung auf dem Prüfstand. Auch die Form und der Umfang der Kooperation von Kinderspital und Unispital sind dringend zu klären. Hier steht auch das USZ in der Pflicht. Wir sind gespannt auf den Bericht zur Governance, der für September angekündigt ist. Jetzt bereits irgendwelche Schlüsse zu ziehen und grossspurig radikale Massnahmen zu fordern, insbesondere wenn sie in Richtung Verstaatlichung der Spitallandschaft gehen, lehnen wir hingegen dezidiert ab. Die FDP-Fraktion wird den sechs Nachtragskrediten zustimmen.

*Ratspräsident Jürg Sulser:* Ich möchte auf der Tribüne natürlich auch noch unsere Staatsschreiberin, Kathrin Arioli, recht herzlich bei uns begrüssen.

*Daniela Sun-Güller (GLP, Zürich):* Die GLP stimmt den Nachtragskrediten ebenfalls zu. Ich spreche in meinem Votum auch hauptsächlich über das Kinderspital. Über die anderen Positionen haben wir im Kantonsrat bereits an anderer Stelle diskutiert, sie sind eine Folge unserer früheren Entscheidungen.

Die Quasi-Insolvenz des Kinderspitals und dessen Eigentümerin, der Eleonorenstiftung, hat uns alle überrascht und in der Finanzkommission seit der Bekanntgabe und dem Einspringen der Regierung sehr beschäftigt. Jeder, der mal ein Haus selbst bauen liess oder auch ein Haus renoviert hat, wird es bestätigen: Diese Zeit war die anstrengendste ihres oder seines Lebens. Dass ein Spitalbau nun auch uns anstrengen wird, liegt daran, dass es nur ein Kinderspital in Zürich gibt, Wohnhäuser sind hingegen nicht systemrelevant. Was ist systemrelevant? Gesundheit, Pflege, Medien, Telekommunikation, Handwerk, Verkauf, Logistik, Sicherheit, Bildung, Versorgung mit Strom, Gas, Öl, Wasser sowie die Abfallentsorgung und, wie wir alle wissen, auch das Bankenwesen. Die Gesundheit ist systemrelevant und die Gesundheit unserer Kinder umso mehr. In Zürich haben wir das Kinderspital in Form einer Stiftung. Zudem bestehen im Stadtspital Triemli und im Universitätsspital Zürich gute akutsomatische Kinderabteilungen. Erstaunlicherweise hat das Kinderspital in der Zufriedenheitsstudie von 2021 und 2023 von ANQ, ein nationaler Verein für Qualitätsentwicklung in Spitälern und Kliniken,

schweizweit unterdurchschnittlich abgeschnitten. Bei der Frage, ob die Eltern das Spital weiterempfehlen würden, haben dafür das Triemli und das Unispital Zürich überdurchschnittlich abgeschnitten und sind schweizweit auch unter den Top Ten. Ich erwarte also, dass die Ergebnisse 2025 besser ausfallen werden für das Kinderspiel. Sonst müssen wir uns fragen, ob trotz Systemrelevanz das Steuergeld gut investiert wird.

Und hier eine kleine – wie soll ich sagen – persönliche Meinung meinerseits, ich habe ja im Universitätsspital mein Kind geboren: Trotz Renovation des Universitätsspitals, von dessen Frauenabteilung, war ich dort sehr gut aufgehoben, und ich danke dem Universitätsspital sehr.

Fazit, was sich immer wiederholt, auch hier in unseren Reden: Der Businessplan ist ambitioniert, aber machbar. Diese ambitionierte Aufgabe fällt nun insbesondere dem CEO und dem CFO zu, denn ob der Betrieb den teureren Neubau tragen kann, hängt ganz vom Erfolg eben dieses Betriebes ab. Wir haben Sie (*angesprochen sind der CEO und der CFO auf der Tribüne*) getroffen und wir konnten beobachten, dass Sie sich dieser wichtigen Aufgabe bewusst sind und Sie motiviert sind, alles zu geben. Sie haben es gehört, wir erwarten hier viel von Ihnen.

Die Finanzkommission ist sich insgesamt einig, dass wir unzufrieden sind. Ich denke, die Regierungsrätin ist sicher auch nicht glücklich über ihre Aufgabe. Was können wir im Kantonsrat, in der Finanzkommission oder was kann der Regierungsrat nun wirklich beeinflussen? Nicht die Baupreise, nicht Corona, nicht die äusseren Einflüsse, die hauptsächlich schuld sind an der vergangenen Misere. Unsere Aufgabe wird es sein, eine Good Governance sicherzustellen, die bisherige Strategie im Umgang mit der Stiftung oder dem Stiftungsrat zu überprüfen, insbesondere, ob die Regierung oder Vertreter der Regierung Einsitz nehmen sollten oder nicht. Hier erwarten wir von der Regierungspräsidentin viel Geschick, die Balance zu halten zwischen Governance und nicht zu viel Einflussnahme. Ich wünsche auch den Herren des Kispi, dass sie ihr Versprechen an uns und an die Bevölkerung des Kantons bald einlösen können. Danke.

*Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich):* Auch die Grünen stimmen allen Nachtragskrediten zu. Ich fokussiere auch, wie die anderen Sprechenden, auf die beiden Nachtragskredite für das Kinderspital. Wir werden beide genehmigen. Wir tun das nicht aus der Überzeugung, dass jetzt alles gut kommt und mit dem Umzug in den Neubau alle Probleme gelöst sind. Wir tun das aber mit der Überzeugung, dass das Kinderspital ein systemrelevantes Spital ist, und das nicht nur für den Kanton Zürich.

Die Finanzkommission hat die verfügbaren Zahlen angeschaut und sich präsentieren lassen, und der externe Bericht der KPMG kommt zum Schluss, der Businessplan sei ambitioniert, aber machbar. Das ist vermutlich ein Euphemismus für «unwahrscheinlich, aber nicht unmöglich». Ich würde jetzt keine Wette eingehen, dass der Kanton nicht nochmal Gelder einschiessen muss. Wir stehen trotzdem hinter dem Kinderspital. Teilweise ist es natürlich ein systemisches Problem, das Kispi ist nicht das einzige Spital, das mit Finanzproblemen kämpft und es nicht

schaft, diese 10-Prozent-EBITDA-Marge (*Gewinn vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen auf Sachanlagen und Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände*) zu erreichen, die nötig wäre, um die eigenen Investitionen selbst zu finanzieren. Hier braucht es auch Lösungen aus der Politik bezüglich Tarifstruktur, bezüglich Finanzierung von Investitionen. Wir sehen hier auch die Gesundheitsdirektion des Kantons in der Pflicht. Es reicht nicht, dass man immer nur mit dem Finger nach Bern zeigt und sagt «das Problem muss national gelöst werden». Als grösster Kanton kann man sicher auch in Bern Einfluss geltend machen, und zudem genehmigt der Kanton die stationären Spitaltarife, hat also durchaus ein Wörtchen mitzureden.

Es wäre aber zu einfach, die Probleme beim Kinderspital einfach auf äussere Umstände zu schieben. Es gibt da durchaus auch hausgemachte Probleme, diese verorte ich vor allem bei der Eleonorenstiftung. Ich möchte hier differenzieren und – auch im Gegensatz zu Daniela Sun-Güller – dem Kispi eigentlich ein Kränzchen winden. Ich finde, die Mitarbeitenden vor Ort machen sehr gute Arbeit. Als Mutter eines chronisch kranken Kindes habe ich da vielleicht ein bisschen mehr Einblicke als Durchschnittseltern. Auch die operative Führung des Kinderspitals hat in der Kommission wirklich glaubhaft gemacht, dass sie alles daransetzt, dass das jetzt funktioniert und der neue Businessplan wirklich auch funktioniert. Die strategische Führung hingegen hat sich in der Kommission mit grosser Nonchalance gezeigt. Bei der Eleonorenstiftung ist man stolz, so zu tun, als sei das Spital ein ganz gewöhnliches Unternehmen mit Anleihen an der Börse. Es ist aber klar, dass dieses Gebaren nur funktioniert, weil es eine implizite Staatsgarantie gibt. Alle Geldgeber wissen: Im Zweifelsfall springt der Kanton ein, das passiert jetzt ja auch. Wir machen eigentlich heute, wenn wir diese Nachtragskredite sprechen, de facto aus der impliziten eine explizite Staatsgarantie. Das wird natürlich der Stiftungsratspräsident vermutlich nicht gerne hören. Er hätte es am liebsten ohne öffentliche Gelder geschafft und sich damit gebrüstet, dass man das alles selbst finanzieren kann, dass er so viele Spenden reingeholt hat. Ich denke, es ist genau diese Haltung, die auch dazu beigetragen hat, dass man bis zuletzt gewartet hat, es wurde vom Beat Habegger angesprochen. Wir müssen jetzt unter grossem Zugzwang entscheiden. Der Regierungsrat musste bereits unter grossem Zugzwang entscheiden, um eine Insolvenz abzuwehren. Auch heute im Kantonsrat treffen wir eine Entscheidung, ohne dass wir wirklich alle Fakten kennen. Die externe Untersuchung, was zu diesem Debakel geführt hat, ist erst für den September in Aussicht gestellt. Es ist also höchste Zeit, dass es jetzt fertig ist mit dem Gemaschel hinter geschlossenen Türen. Wir Grünen sind der Meinung, dass das Stiftungsratspräsidium zurücktreten sollte und die Eleonorenstiftung eine neue Seite aufschlagen muss.

Was klar ist, ist, dass der Kanton stärker involviert sein muss bei der Eleonorenstiftung, beim Kinderspital. Er könnte das jetzt schon sein, es wurde gesagt: Der Regierungsrat hat ein verbindliches Vorschlagsrecht für vier Mitglieder des Stiftungsrates und eines davon kann er fix in die Stiftungsexekutive delegieren. Die Grünen sind dezidiert der Meinung, dass diese vorhandenen Mitsprache- und Informationsmöglichkeiten voll ausgenutzt werden sollten, erst recht, wenn wir



dreistellige Millionenbeträge sprechen. Es ist sicher sinnvoll, wenn parallel dazu die gesamte Governance-Struktur noch einmal angeschaut und durchleuchtet wird, und wir Grünen sind hier offen für eine Anpassung und auch für eine kantonale Trägerschaft. Mit diesen Bemerkungen genehmigen wir die Nachtragskredite.

*Farid Zeroual (Die Mitte, Adliswil):* Mit der ersten Sammelvorlage befindet der Kantonsrat nicht nur über die Nachtragskredite zur Erhöhung des Budgets 2024. Darüber hinaus – wir haben es gehört – soll bereits eine Weichenstellung für das Budget 2025 vorgenommen werden. Neben den Nachtragskrediten aus dem Sozialamt und aus dem Generalsekretariat haben vor allem die beiden Anträge für die Leistungsgruppe «Somatische Akutversorgung und Rehabilitation» zu vielen Fragen geführt.

Wie konnte es so weit kommen, dass das Universitätsspital in eine bedrohliche Unterfinanzierung geraten konnte? Warum wurde diese Entwicklung nicht früher erkannt und mit Massnahmen im ordentlichen Budget aufgefangen? Wie ist sichergestellt, dass sich die Situation bei der Eleonorenstiftung stabilisiert und das Kinderspital wieder auf ein solides finanzielles Fundament zu stehen kommt? Die Fragen sind insbesondere von Bedeutung, als es sich gemäss Ausführungen des Regierungsrates beim Kinderspital ja um eine systemrelevante Institution handelt. Als Gründe für die Verschlechterung der finanziellen Situation wurden in der Finanzkommission die Verzögerung beim Neubau, die steigenden Baupreise und die hohen Aufwendungen beim Parallelbetrieb an zwei Standorten vorgebracht. Bei der Planung wurde wohl zu optimistisch und zu zuversichtlich von einem Schönwetterszenario ohne ausreichende Reserven für Unvorhergesehenes ausgegangen, zumal in den 2010er-Jahren die Risiken überschaubar eingeschätzt wurden und die Finanzierung zu ausserordentlich günstigen Konditionen mit einer Anleihe zu 0,25 Prozent gesichert werden konnte.

Mittlerweile sind wir alle klüger, die Welt hat sich verändert: Eine Pandemie, ein Krieg in Europa und eine Energiemangellage später sind Inflation und Rohstoffknappheit zurück und bilden die neue Realität. Dass diese Umstände nun dazu führen, dass mit Steuergeldern eine systemrelevante Institution gestützt werden muss, ist ausserordentlich unschön. Eine Lehre daraus muss sein, dass sichergestellt wird, dass systemrelevante Betriebe und Unternehmen ausreichend finanziert sind. Diese Forderung betrifft vor allem privatrechtlich geführte Institutionen, welche als unverzichtbar gelten. Deshalb sind die vom Regierungsrat definierten Auflagen für die Gewährung des Darlehens von 50 Millionen Franken an das Kinderspital zu begrüssen. Und richtig ist auch die Forderung nach einer engen Begleitung durch die zuständigen Aufsichtskommissionen des Kantonsrates. Die Mitte-Fraktion wird allen Nachtragskrediten zustimmen.

*Michael Bänninger (EVP, Winterthur):* Wir von der EVP stützen die Nachtragskredite, insbesondere auch das Darlehen von 50 Millionen Franken an die Eleonorenstiftung und auch die Beitragszahlung von 35 Millionen Franken für die

Aufrechterhaltung des Betriebs. Das Kinderspital ist nachgewiesenermassen eine systemrelevante Organisation in der Gesundheitsversorgung des Kantons Zürich. Es ist aber schon bedenklich, dass sich der Wettbewerb im Gesundheitsbereich per Investition in Bau und Infrastruktur in eine Richtung entwickelt, dass immer noch exklusivere Baukunstwerke erstellt werden und die medizinische Geräteinfrastruktur in jeder Organisation auch im technologischen High-End-Stand sein muss, um als Spital überhaupt auf dem Arbeitsmarkt der Spitzenmedizin noch konkurrenzfähig zu sein. Diese Preisspirale nach oben ist definitiv nicht gesund und hat gegen oben kein Ende.

Die Systemrelevanz und somit die finanzielle Unterstützung durch den Kanton darf nicht zum Persilschein für das Spitalmanagement werden. Es ist richtig, dass sich die FIKO nun laufend informieren lässt und somit sicherstellen will, dass die Auflagen konsequent umgesetzt und die finanziellen Mittel des Kantons verantwortungsvoll verwendet werden. Wir von der EVP würden es aber befürworten, dass wir eine solch systemrelevante Gesundheitseinrichtung wie das Kispi, wenn es denn schon nicht mehr finanziell auf den eigenen Beinen stehen kann und wir bis zu 35 Millionen Franken A-fonds-perdu-Zahlungen leisten, dass wir das Kispi ganz in die Struktur des Kantons einbetten. So zahlen wir nicht nur, sondern könnten auch die Entwicklung und die Geschäftsführung des Kinderspitals steuern. Deshalb unterstützen wir die Motion 160/2024 von Sibylle Marti, «Kanton Zürich als Trägerin des Kinderspitals». Besten Dank.

*Regierungspräsidentin Natalie Rickli:* Normalerweise ist ja nur unser Finanzdirektor, Ernst Stocker, zugegen, wenn Sie die Nachtragskredite behandeln. Glücklicherweise beraten Sie nachher aber noch den Geschäftsbericht (*Vorlage 5952a*), und wir sind schon alle da und haben interessiert der Debatte zugehört und auch festgestellt, dass es vor allem um das Kinderspital ging – und zum Beispiel nicht um Asylpolitik, wo es, wie mich soeben der Sicherheitsdirektor (*Regierungsrat Mario Fehr*) darauf aufmerksam gemacht hat, auch noch einen Nachtragskredit hat. Ich bleibe kurz beim Kinderspital, nachher übergebe ich natürlich dem Finanzdirektor noch das Wort.

Ich begrüsse es, dass der CEO, Georg Schäppi, und der CFO, Michael Bähler, auf der Tribüne sind. Einleitend eine kurze Replik auf Kantonsrätin Sun-Güller: Es freut mich sehr, dass Sie im Unispital Ihr Kind geboren haben. Das Unispital selber hat aber keine Kinderklinik, es hat eine normale Geburtenabteilung. Das dritte Kinderspital – neben dem Kispi und dem von Ihnen erwähnten Triemli – ist das Kantonsspital Winterthur; einfach, damit wir alle vom Gleichen reden. Sie haben schon festgehalten, dass der Regierungsrat dem Kinderspital mit Beschluss RRB 326/2024 eine Subvention von höchstens 35 Millionen zugesichert hat, sofern Sie heute zustimmen. Ebenfalls hat der Regierungsrat dem Kinderspital mit demselben Beschluss ein weiteres Darlehen von insgesamt 100 Millionen Franken für den Neubau gewährt. Über 50 Millionen Franken bestimmen Sie heute mit diesem Beschluss. Ich kann Sie heute darüber informieren, dass wir für die anderen 50 Millionen Franken, wie es Einzelne von Ihnen bereits erwähnt haben, eine private Lösung finden konnten. Das wird mit der ZKB (*Zürcher Kantonalbank*) über eine

Garantielösung umgesetzt. Das Kinderspital erhält dafür also Geld von privaten Investoren, und der Kanton sichert das Ausfallrisiko mit einer Garantie ab. Das heisst, Sie werden nicht über ein weiteres Darlehen von 50 Millionen Franken, über einen weiteren Nachtragskredit beschliessen müssen. Allerdings – und das ist mir noch wichtig zu betonen, verschiedene haben es auch erwähnt –, über eine weitere Subvention von höchstens 25 Millionen Franken kann der Regierungsrat im September oder gegen Ende Jahr entscheiden, sobald das Kispi entsprechende Zahlen vorlegt und nochmals einen Antrag stellt. Diese haben wir im RRB in Aussicht gestellt und darüber müssen Sie dann aber auch mit einem weiteren Nachtragskredit beschliessen.

Es ist mir nochmals wichtig zu betonen, dass der Regierungsrat die Gewährung sämtlicher Gelder an strenge Auflagen knüpft. So haben wir ein externes Gutachten in Auftrag gegeben, um die von Ihnen auch erwähnte Governance der Eleonorenstiftung und die Struktur des Kinderspitals untersuchen zu lassen. Weiter muss die Eleonorenstiftung der Gesundheitsdirektion bis September 2024 Massnahmen zum Umgang mit den identifizierten Risiken im Businessplan und zur Ergebnisverbesserung vorlegen. Auch muss das Kispi Kooperationsmöglichkeiten und Synergiepotenziale mit dem USZ prüfen und ein rollierendes Finanz-Reporting bereitstellen. Daneben wird auch die Finanzkontrolle eine Untersuchung durchführen, und die BVG- und Stiftungsaufsicht des Kantons wurde von uns eingeladen, ihrerseits einen Bericht über die ordnungsgemässe Stiftungsführung zu erstatten.

Wie Sie in den vorherigen Voten gehört haben, hat sich die FIKO im Vorfeld vertieft mit den zwei Nachtragskrediten, die das Kinderspital betreffen, befasst und neben der GD auch die Vertretungen des Kispi, der Eleonorenstiftung sowie der Revisionsstelle PwC eingeladen. Ich danke Ihnen vielmals für die Unterstützung, und auch die Vertreter des Kispi haben Ihre Voten gehört.

*Regierungsrat Ernst Stocker:* Sie sehen, wir haben gegenüber den vergangenen Jahren wieder höhere Nachtragskredite, 73,8 Millionen Franken. Es tönt nach nicht so viel im Vergleich mit den Zahlen, mit denen wir immer herumjonglieren, aber es ist immerhin 1 Steuerprozent des Kantons Zürich, das wir jetzt nachträglich noch bewilligen, zusätzlich zu den Investitionskosten. Ich muss sagen, das macht mir Sorgen. Überall muss der Kanton Löcher stopfen, und damit wird der Haushalt belastet.

Noch eine Bemerkung zum Kinderspital: Ich habe gar keine Freude an dieser Ausgangslage, aber – die Regierungspräsidentin hat es gesagt – diese Unterstützung ist notwendig, auf diese Leistung können wir nicht verzichten. Dem Ruf, das Kinderspital jetzt gerade zu kantonalisieren, möchte ich aber entgegenhalten: Ist es wirklich der richtige Weg? Hier gibt es meines Erachtens schon alle Aspekte einzubeziehen. Insbesondere möchte ich doch darauf hinweisen: Ich als Finanzdirektor, aber auch Sie, als Mitglieder des kantonalen Parlaments, wir müssen uns schon überlegen, ob man noch auf diese Spendenmittel verzichten will, die doch erbracht wurden. Ich kann Ihnen garantieren: Wenn es ein kantonales Spital ist, werden diese Spenden zusammensinken, und sehr wenige werden noch spenden,

weil sie sich sagen: «Der Kanton zahlt das. Ich zahle Steuern, warum soll ich jetzt noch spenden?» Und diese Frage bleibt offen und für diese Frage müsste eine Lösung her.

Der zweite Punkt meines Erachtens: Mit diesem Spital erbringt der Kanton Zürich Zentrumsleistungen, denn das Kinderspital erbringt seine Leistungen weit über die Kantons Grenzen hinaus. Wir haben jetzt ein Problem: Das Kinderspital braucht es, wer zahlt? Natürlich wieder der Kanton Zürich. Auch diese Frage gilt es zu prüfen, Zentrumsleistungen können nicht immer und ewig erbracht werden. Denn wir sagen ja, «der Kanton Zürich ist reich und der hat Geld und soll auch noch zahlen», und andere profitieren. Diese Fragen treiben mich um und deshalb glaube ich, dass man, wenn man am Kinderspital und an seiner Organisation etwas ändern will, sich gut überlegen muss, wie das aussehen soll. Ich bitte Sie, den Nachtragskrediten zuzustimmen. Besten Dank.

### *Detailberatung*

#### *Titel und Ingress*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

#### *I.*

##### *3 Sicherheitsdirektion*

*Konto 3500, Sozialamt, Erfolgsrechnung*

##### *Abstimmung über Nachtragskredit Nr. 1*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 172 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Nachtragskredit Nr. 1 zuzustimmen.**

##### *6 Gesundheitsdirektion*

*Konto 6000, Generalsekretariat, Erfolgsrechnung*

##### *Abstimmung über Nachtragskredit Nr. 2*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 172 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Nachtragskredit Nr. 2 zuzustimmen.**

*Konto 6010, Amt für Gesundheit, Erfolgsrechnung*

##### *Abstimmung über Nachtragskredit Nr. 3*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 172 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Nachtragskredit Nr. 3 zuzustimmen.**

*Konto 6300, Somatische Akutversorgung und Rehabilitation, Erfolgsrechnung*

##### *Abstimmung über Nachtragskredit Nr. 4*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 172 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Nachtragskredit Nr. 4 zuzustimmen.**

*Konto 6000, Generalsekretariat, Investitionsrechnung*

*Abstimmung über Nachtragskredit Nr. 5*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 172 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Nachtragskredit Nr. 5 zuzustimmen.**

*Konto 6300, Somatische Akutversorgung und Rehabilitation, Investitionsrechnung*

*Abstimmung über Nachtragskredit Nr. 6*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 172 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Nachtragskredit Nr. 6 zuzustimmen.**

*II.*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.